

Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes

Ottokar Luban

Die DDR-Geschichtsschreibung zur Novemberrevolution 1918/19 ist jüngst von Mario Keßler einer kritischen Analyse unterzogen worden, wobei er die relevante Forschung in der alten Bundesrepublik nur relativ kurz angesprochen hat. Dies wird umfassend und vergleichend, allerdings teilweise unsystematisch und unter Vernachlässigung der Zeitschriftenliteratur, in einer ideenreichen Studie von Werner Bramke behandelt.¹ Die Standardwerke von Autoren der alten Bundesrepublik wie Eberhard Kolb, Susanne Miller oder Heinrich August Winkler – wesentliche neuere Untersuchungen gibt es noch nicht² – sind dadurch gekennzeichnet, dass sie die Rolle der linkssozialistischen Kräfte, die eine Massenaktion mit Regierungsumsturz und Errichtung einer sozialen Republik vorbereiteten (Revolutionäre Obleute, Spartakusgruppe und Teile der linken USPD), als weitgehend belanglos beurteilen bzw. sogar negieren. Das Hauptverdienst am revolutionären Regierungsumsturz schreiben sie der MSPD-Führung zu.

Diese Aussagen sollen hier im Rahmen einer detaillierten Analyse der politischen Vorgänge in den Tagen um den 9. November 1918 auf ihre Schlüssigkeit überprüft und gegebenenfalls revidiert werden. Dabei konzentriert sich die folgende Studie auf die Vorgänge in der Reichshauptstadt. Denn wie Susanne Miller zutreffend formuliert hat: „Entschieden wurde das Schicksal der Revolution in Berlin.“³

1 Siehe Mario Keßler: Die Novemberrevolution in der Geschichtswissenschaft der DDR: Die Kontroversen des Jahres 1958 und ihre Folgen im internationalen Kontext, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2008/III, S.38-58; Werner Bramke: Eine ungeliebte Revolution. Die Revolution von 1918/19 im Widerstreit von Zeitgenossen und Historikern, in: ebenda, S.5-37.

2 In neueren Arbeiten werden die alten Darstellungsweisen übernommen. Siehe Helmut Schmearsal: Philipp Scheidemann 1865-1939. Ein vergessener Sozialdemokrat, Frankfurt/Main u. a. 1999, S.158f.; Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, S.106-108.

3 Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S.79.

Die propagandistische Revolutionsabwehr durch die MSPD⁴

Am 6. November 1918 traf sich in Berlin eine aus Mitgliedern der MSPD-Reichstagsfraktion und der Generalkommission der Freien Gewerkschaften bestehende Delegation mit dem 1. Generalquartiermeister Wilhelm Groener, dem Nachfolger Ludendorffs, um dem General die Dringlichkeit einer Abdankung des Kaisers vor Augen zu führen: Dessen Verbleiben würde ein Großteil der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, als Friedenshindernis ansehen. Nur durch die Abdankung sei ein „Übergang der Massen in das Lager der Revolutionäre und damit die Revolution“ aufzuhalten, betonte der Fraktions- und Parteivorsitzende Friedrich Ebert. Selbst die zum rechten Flügel der SPD zählenden Abgeordneten Eduard David und Albert Südekum plädierten eindringlich im Sinne Eberts. Mitten in der Besprechung kam der seit Anfang Oktober der Regierung des Prinzen Max von Baden angehörende Staatssekretär Philipp Scheidemann (MSPD) nach einem Telefongespräch außerhalb des Sitzungsraumes „kreidebleich, vor Aufregung am ganzen Körper zitternd, wieder herein, und unterbrach den Abgeordneten David mit den Worten: ‚Die Abdankungsfrage steht jetzt gar nicht mehr zur Diskussion. Die Revolution marschiert. Eben habe ich die Nachricht erhalten, daß zahlreiche Kieler Matrosen in Hamburg und Hannover die öffentliche Gewalt an sich gerissen haben. Das bedeutet: Die Revolution!‘ Er schloss mit den Worten: ‚Meine Herren jetzt gilt es nicht mehr zu diskutieren, jetzt gilt es zu handeln. Wir alle wissen nicht, ob wir morgen noch auf diesen Stühlen sitzen werden.‘“ Im Gegensatz zu dem durch momentane Eindrücke leicht zu beeinflussenden Scheidemann reagierte Ebert „mit unerschütterlicher Ruhe. Er erklärte, noch sei nichts entschieden.“⁵ Die Mehrheitssozialdemokraten setzten alles daran, damit sich die überraschend in den Küstenstädten spontan ausgebrochenen revolutionären Aktionen der Matrosen und Soldaten, denen sich die Arbeiter angeschlossen hatten, nicht weiter ausbreiteten, vor allem nicht auf Berlin übergriffen. Die revolutionäre Welle sollte von der Reichshauptstadt ferngehalten werden.

Das gleiche Interesse äußerten politische Vertreter des Bürgertums. „Der Ausbruch der Revolution in Berlin ist entscheidend!“, notierte der Staatssekretär und liberale Politiker Conrad Haussmann am 8. November in sein Tagebuch und meinte gleichzeitig, die Mehrheitssozialdemokraten hätten es in der Hand, „ob

4 Die Bezeichnung Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) oder Mehrheitssozialdemokraten wird hier – obwohl die Betroffenen selbst meist den alten Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands bevorzugten – benutzt, um sie klar gegenüber der im April 1917 gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), hier auch Unabhängige Sozialdemokraten genannt, abzusetzen.

5 Erinnerungen des anwesenden Obersten Hans von Haeften, in: Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Frankfurt/Main 1983, S.53-55, Zitate S.54.

die Arbeiter zu Hause bleiben oder auf die Straße gehen“.⁶ Und der Fraktionsvorsitzende der Nationalliberalen Partei im Reichstag Gustav Stresemann „äußerte“ im Interfraktionellen Ausschuss, einem informellen Koordinationsgremium der bürgerlichen Reichstagsfraktionen unter Einschluss der MSPD, am 7. November: „Solange Berlin noch hält, ist Hoffnung vorhanden, daß die Dinge noch lokalisiert werden können.“⁷ Stresemann war sich gleichzeitig bewusst, dass die bürgerlichen Parteien den Mehrheitssozialdemokraten Konzessionen einräumen müssten, damit diese den Arbeitern Erfolge vorweisen und sie so ruhig stellen konnten.

Nachdem Anfang November die Matrosenmeuterei in Kiel nicht eingedämmt werden konnte und sich zu einer – zunächst noch lokalen – Machtübernahme durch die Aufständischen ausgeweitet hatte, übernahm die MSPD wie selbstverständlich eine Reihe von beruhigenden Maßnahmen. Ihr Reichstagsabgeordneter Gustav Noske wurde nach Kiel geschickt, um die Bewegung wieder in den Griff zu bekommen, was den zuständigen Militärs nicht gelungen war.⁸ Am 4. November wurde in dem in Berlin erscheinenden Zentralorgan der Partei „Vorwärts“ ein Aufruf des Parteivorstandes veröffentlicht, in dem sich dieser gegen die auf Flugblättern und durch Mundpropaganda verbreiteten Aufforderungen zu Streiks und Demonstrationen wandte. Die Mehrheitssozialdemokraten hätten, wird darin ausgeführt, seit ihrem Eintritt in die Regierung mit dazu beigetragen, dass ein Angebot für einen Waffenstillstand und für einen Frieden hinausgegangen sei. Das gleiche Wahlrecht für Preußen sei durchgesetzt worden (was nicht zutraf). Dem Reichstag wäre die eigentliche Zentralgewalt im Reiche verschafft und das persönliche Regiment (gemeint: des Kaisers) abgeschafft worden. Die Militärgewalt sei der Zivilgewalt unterstellt, Press- und Versammlungsfreiheit „erweitert“ [!] und die Befreiung von Liebknecht und vielen anderen Inhaftierten erreicht worden. Nach der Forderung Scheidemanns, der Kaiser möge zurücktreten, schwebten darüber Verhandlungen, die nicht gestört werden dürften. Zwar könnte eine Situation aufkommen, „wo Ihr Euer Wort in die Waagschale der Entscheidung werfen mögt. Jetzt aber gilt es ruhig Blut und Disziplin [!] zu wahren [...] je geschlossener Ihr unsere Aktion unterstützt, desto früher werden alle *militärischen Einziehungen* und sonstigen Maßnahmen, die Euch beunruhigen, wieder rückgängig gemacht werden, desto sicherer werden wir zu einem dauernden Frieden gelangen“.⁹ Dieser Appell enthielt mehrere unwahre und halb wahre Angaben über von der Mehrheitssozialdemokratie vorgeblich erreichten Erfolge. Teilweise waren die Formulierungen auch nur für politisch Informierte, aber

6 Conrad Haussmann: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, hrsg. von Dr. Ulrich Zeller, Frankfurt/Main 1924, S.267.

7 Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962, S.572.

8 Siehe Eberhard Kollb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, um ein Vorwort und einen bibliographischen Anhang erweiterte [Taschenbuch-]Ausgabe, Frankfurt/Main-Berlin [West] 1978, S.74f.

9 Siehe Ritter/Miller (Hrsg.), Revolution, S.52f., Zitat: S.53.

nicht für das Gros der Arbeiterinnen und Arbeiter verständlich. Die zentrale Botschaft war aber deutlich: Nur bei Vermeidung einer revolutionären Entwicklung würde es zu Frieden und Demokratie kommen.

Nachdem der „Vorwärts“ am 5. November eine Proklamation der Regierung mit einem Appell an die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung zu bewahren, in großer Aufmachung auf der Titelseite veröffentlicht hatte,¹⁰ hielt der MSPD-Vorstand bereits am 6. November die Herausgabe eines weiteren Aufrufes an die Arbeiter und Arbeiterinnen für erforderlich. Darin stellte er einen nahen Frieden und eine baldige Fortführung der Demokratisierung in Aussicht und warnte noch eindringlicher als in der Erklärung vom 4. November „vor Zersplitterung, vor Arbeiter-Bruderkrieg und vor den Ratschlägen unverantwortlicher Elemente, die Euch zu unbesonnenem Losschlagen gegen Euer eigenes Interesse verleiten wollen“. Vielmehr wurde für einen massenhaften Beitritt zur Partei und zu den Gewerkschaften geworben. „Keine russischen Zustände [!], sondern das Ganze geschlossen vorwärts zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!“¹¹ Am 7. November folgte – wieder auf der Titelseite des „Vorwärts“ – eine „Mahnung des Reichskanzlers an das deutsche Volk“ mit einem Appell zur „Aufrechterhaltung der bisher gewährten Ordnung in freiwilliger Manneszucht“ als Voraussetzung für die bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen.¹² Neben diesem Aufruf des Reichskanzlers wurde die Forderung von Parteiausschuss und Reichstagsfraktion nach schnellem Abschluss des Waffenstillstandes, Amnestie für militärische Vergehen (also im Rahmen der revolutionären Vorgänge) und Demokratisierung der Regierungen im Reich und in den Bundesstaaten abgedruckt. In der Kaiserfrage unterstützten die Gremien die Parteileitung und erwarteten von der Reichsregierung eine schnelle Lösung. Mit der obersten Schlagzeile auf dem Titelblatt „Das Ende des Weltkrieges“ in besonders großen Buchstaben suggerierte die MSPD-Zeitung, dass der ersehnte Waffenstillstand schon erreicht sei.¹³

Nicht nur über die Parteipresse, sondern auch über den direkten Kontakt zu ihrer Basis versuchten die mehrheitssozialdemokratischen Parteiführer, auf die Arbeiterschaft beruhigend einzuwirken. Die Verbindung zu ihren Funktionären und Mitgliedern in den Berliner Betrieben war nach dem großen Munitionsarbeiterstreik vom Januar/Februar 1918 deutlich gepflegt und verstärkt worden.¹⁴ Sie wurde vor allem von Ebert nochmals intensiviert, als sich die innenpolitische

10 Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 5.11.1918.

11 Ebenda, 6.11.1918

12 Ebenda, 7.11.1918.

13 Ebenda.

14 Polizeibericht vom 28. Juni 1918 über eine interne Versammlung von 250 MSPD-Vertrauensleuten aus den Rüstungsbetrieben von Groß-Berlin, auf der der Partei- und Fraktionsvorsitzende „Scheidemann sich bemühte in der Versammlung anwesende Hitzköpfe zu besänftigen“, in: Bundesarchiv (BArch) Berlin, R 0701, Nr. 1395/12/1, Bl. 349, 353, Zitat: Bl. 349.

und militärische Situation ab Mitte Oktober zuspitzte. Durch diese gute Kommunikation war die Parteiführung über die Stimmung in den Betrieben jeweils auf dem neuesten Stand, konnte schnell und angemessen reagieren und relativ wirkungsvoll über die eigenen Betriebsleute beruhigend auf die Belegschaften einwirken. Staatssekretär Scheidemann schrieb deshalb im engeren Kriegsrat der Regierung am 7. November seinem Parteivorsitzenden das Verdienst zu, einen Aufstand in Berlin verhindert zu haben: „Dem außerordentlich geschickten Eingreifen des Abgeordneten *Ebert* ist es die letzten Abende [!] noch gelungen, die Massen ruhig zu halten.“¹⁵ Ebert hatte in der SPD-Fraktionssitzung am 6. November über seine Aktivitäten berichtet: „Konferenz mit Betriebsvertr[auensmännern] hat Putsch am 4.11. currentis verhütet.“¹⁶ Die Betriebsvertrauensmänner hätten allerdings ihre große Besorgnis wegen des Stillstandes in der Abdankungsfrage und wegen der massenhaften Einberufungen der jüngsten Jahrgänge zur Armee vorgebracht.¹⁷ Wie aus den Aufzeichnungen über die Fraktionssitzung am 7. November hervorgeht, wurde nunmehr auch die Leitung der Berliner Parteiorganisation zu den Beratungen hinzugezogen und damit die Basisbeteiligung in Berlin noch verstärkt.¹⁸ Dies war insofern von Bedeutung, als die Berliner MSPD-Organisation nach ihrer erheblichen Schwächung durch die Gründung der USPD im April 1917 wieder erstarkt war. Das hatte sich am deutlichsten bei dem Gewinn von Reichstagsnachwahlen für die mehrheitssozialdemokratischen Kandidaten im März und Oktober 1918 in Wahlkreisen von Groß-Berlin gezeigt.¹⁹ Als Ergebnis all dieser propagandistischen Bemühungen schätzte Staatssekretär Gustav Bauer (MSPD) auf einer Besprechung im Innenministerium am 7. November die innenpolitischen Lage zuversichtlich ein: „Die Mehrheit der Sozialdemokratie habe beruhigend gewirkt. Deshalb sei für Berlin nichts zu befürchten. Vertrauensleute der größeren Betriebe seien zur Ruhe ermahnt [!] worden und wären mit dem Versprechen in ihre Fabriken gegangen, dort ihrerseits für die Aufrechterhaltung der Ordnung [!] zu sorgen.“²⁰

15 Leo Stern (Hrsg.): Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/IV. Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, Berlin [Ost] 1959, S.1760.

16 Notizen des MSPD-Reichstagsabgeordneten Giebel zum Bericht Eberts auf der Fraktionssitzung am 6.11.1918: „Betriebsvertrauensmänner Berlins fürchten a) Einbeziehung [Einberufung zur Armee] nur weil Friedenswille [der Regierung] nicht ernst sei. Kaiserfrage beunruhigt. Konferenz mit Betriebsvertr[auensmännern] hat Putsch am 4.11. currentis verhütet.“ Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, zweiter Teil, bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart, Düsseldorf 1966, S.509.

17 Siehe ebenda.

18 Zur Beteiligung der Berliner Parteileitung siehe ebenda, S.513. Protokollbuch, Fraktionssitzung, 7.11.1918.

19 Siehe Dirk H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, Berlin [West]1985, S.58; Müller, Burgfrieden, S.381-384.

20 Archivalische Forschungen, Bd. 4/IV, S.1772.

Da die Unruhe in den Berliner Betrieben wegen der immer noch ungewissen Friedensaussichten offensichtlich weiter zunahm, stellten die Mehrheitssozialdemokraten am frühen Abend des 7. November zunächst ultimativ bis zum Mittag des 8. November fünf Forderungen, wobei später die Frist bis zum Abschluss des Waffenstillstandes verlängert wurde. Erneut wurde die Abdankung des Kaisers und zusätzlich die des unbeliebten Kronprinzen verlangt. Das Verbot der für denselben Tag angesetzten USPD-Versammlungen sollte aufgehoben und „Anweisung an Polizei und Militär zur äußersten Besonnenheit“ ergehen. Außerdem wurde die „Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der [Reichs-]Regierung“ (also mehr SPD-Vertreter) und die „Umgestaltung des [fast ausschließlich konservativ besetzten] preußischen Kabinetts im Sinne der Mehrheitsparteien des Reichstages“ gefordert.²¹ Während sicherlich die meisten Forderungen, insbesondere die nach der Abdankung des Kaisers, allgemein begrüßt wurden, musste ein aufmerksamer Leser die Punkte zum Versammlungsverbot – wegen des Ablaufdatums – und zum Verhalten von Militär und Polizei – wegen der verstärkten Militärpräsenz in der Reichshauptstadt – als wenig glaubwürdig auffassen.

Insgesamt wird deutlich: Die MSPD-Führung setzte in den Tagen vor dem 9. November ihre gesamte propagandistische und organisatorische Kraft ein, um einen Ausbruch der Revolution in Berlin zu verhüten. Unter Ausnutzung ihrer Position als einziger Machtfaktor, der noch einen mäßigen Einfluss auf die Arbeiterschaft besaß, wurden gleichzeitig die Forderungen an die kaiserliche Regierung nach Liberalisierung und Demokratisierung inhaltlich immer weitreichender und dringlicher erhoben. Damit war auch die Hoffnung der Parteileitung verbunden, dass die revolutionäre Stimmung mit Hilfe radikalerer Forderungen gedämpft werden könnte. Sehr treffend hat Staatssekretär Scheidemann im Kriegsrat am 7. November diese mehrheitssozialdemokratische Politik gekennzeichnet, als seine Regierungskollegen ihm Vorhaltungen wegen dieser relativen Radikalisierung machten: „Sie, meine Herren, und der Herr Reichskanzler müssen doch einsehen, daß wir alles getan haben, was wir tun konnten, um die Massen bei der Stange zu halten.“²²

Die militärische Revolutionsabwehr

Der preußische Kriegsminister Generalleutnant Heinrich Scheüch hatte am 4. November eine Stabsstudie mit Maßnahmen zur Unterdrückung von Unruhen an die Militärbefehlshaber überbringen lassen. Gleichzeitig wies er sie telefonisch an, die dort aufgeführten Schritte als verbindlich zu verstehen, wobei sie „vor Schusswaffengebrauch zur gewaltsamen Aufrechterhaltung von Ruhe und Ord-

²¹ Vorwärts, 8.11.1918, Titelblatt.

²² Archivalische Forschungen, Bd. 4/IV, S.1763.

nung nicht zurückschrecken dürften.“²³ Am 6. November informierte Scheüch im Kriegskabinett über Truppenverlegungen nach Berlin und Umgebung. „Telegraphenamt und Lichtzentralen und Behörden werden militärisch besetzt werden.“ Es handele sich um „sichere Regimenter.“²⁴ Am 7. November erwähnte Scheüch im Gesamtkabinett weitere Vorbereitungen: „Die Stadt ist in Reviere eingeteilt, je ein Bataillon in Häusern unauffällig verteilt [...] Die Militärtruppen genügen, um einen Aufruhr niederzuschlagen, wenn das Militär sicher ist.“²⁵

Der Oberkommandierende in den Marken Generaloberst Alexander von Linsingen ließ entsprechend den Planungen des Kriegsministeriums unter dem Stichwort „Streikabwehr“ am 6. November in Berlin alle wichtigen Punkte von Militär besetzen, außerdem auf den Bahnhöfen der Stadt und auf den Strecken nach Hamburg und Hannover die Bahnhofswachen verstärken, um anreisende Matrosen und verdächtige Soldaten von der Reichshauptstadt fernzuhalten. Verstärkte Patrouillen in den Straßen sollten die dennoch nach Berlin durchgekommenen Matrosen verhaften. Zwar wurde die harte Haltung gegenüber den Matrosen nicht von allen Militärs im Berliner Raum durchgehalten,²⁶ doch waren offenbar die eingetroffenen Matrosen von den repressiven Maßnahmen so stark beeindruckt, dass sie nicht mit der Unbefangenheit und Respektlosigkeit gegen die wachhabenden Soldaten und Truppen vorgingen wie auf ihrem revolutionären Siegeszug in den norddeutschen und westdeutschen Städten. Die Matrosen konnten deshalb in Berlin nicht als Katalysatoren für eine revolutionäre Entwicklung wirken wie an anderen Orten. In den Straßen Berlins dauerte die sichtbare militärische Präsenz bis zum Mittag des 9. November an.

Am 7. November wies von Linsingen den Berliner Polizeipräsidenten an, die für den Abend angesetzten USPD-Versammlungen zu verhindern. Gleichzeitig erließ er ein Verbot von Arbeiter- und Soldatenräten. Auf dem Lehrter Bahnhof eintreffende 300 Matrosen wurden verhaftet und in einer Kaserne gefangen gehalten. Um befürchtete weitere Matrosentransporte zu verhindern, ordnete von Linsingen zunächst die Unterbrechung der Bahnlinien aus Hannover und Hamburg, am Nachmittag sogar des gesamten Personenverkehrs mit Ausnahme von aus Berlin weggehenden Urlauberzügen an. Am Vormittag des 8. November wurde die Gesamtspernung wieder zurückgenommen, nur die Strecken nach Hamburg und Hannover blieben unterbrochen. Matrosen, die dennoch die Reichshauptstadt erreichten, wurden in größerer Anzahl gefangen gesetzt. Gegen Abend des 7. November befahl der Oberkommandierende in den Marken sogar die Einstellung des gesamten privaten und geschäftlichen Telefon- und Telegrafverkehrs. Bereits am Morgen des 7. November hatte von Linsingen Kriegs-

23 Ernst-Heinrich Schmidt: *Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution*, Stuttgart 1981, S.109.

24 Regierung des Prinzen, S.555.

25 Siehe ebenda, S.563.

26 Siehe Schmidt, *Heimatheer*, S.92-104.

minister Scheüch angekündigt, er würde „bei Ausbruch von Unruhen im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidenten verschiedene Personen, die für die Revolution von Bedeutung seien, festnehmen lassen“, wozu Scheüch sein Einverständnis gab.²⁷

In einer Besprechung mit von Linsingen am Abend des 7. November erhob der Reichskanzler gegen das Verbot der USPD-Versammlungen Einwände, fand sich aber damit ab, als von Linsingen erklärte, dies sei im Einverständnis mit dem Kriegsminister erfolgt. Auch Scheidemann beließ es auf einer Sitzung des Kriegskabinetts am 7. November zunächst bei einem einfachen Protest gegen das Versammlungsverbot. Als die MSPD dann am Abend des 7. November in einem der Reichskanzlei übergebenen Ultimatum die Aufhebung der Maßnahme forderte, war es für eine Rücknahme viel zu spät.

Die bedrückende Stimmung in der Reichshauptstadt, die durch die sichtbaren militärischen Maßnahmen geschaffen worden war, wurde auf der Zensurbesprechung der Berliner Journalisten am 8. November mit den zuständigen Vertretern der Militär- und weiterer Behörden deutlich. Mehrere Pressevertreter übten auf der seit Kriegsbeginn täglich durchgeführten Veranstaltung zur Ausgabe und Erläuterung der aktuellen Zensuranweisungen scharfe Kritik daran, dass sie die Bevölkerung nicht umfassend über die Unruhen und die damit verbundenen Gefahren informieren könnten, weil sie nur geschönte offizielle Berichte erhielten. „Von den Vorgängen weiß ein großer Teil der Bevölkerung, z. B. der Berliner, noch nichts oder ahnt sogar nichts, weil noch immer eine Zensur geübt wird, die gegenüber den heutigen Zuständen geradezu skandalös ist.“ Dies sei insbesondere angesichts der von den Parteien der Regierung des Prinzen Max von Baden propagierten Fortschritte in Richtung Demokratisierung unverständlich, meinte der Herausgeber der „Welt am Montag“ Hellmut von Gerlach. Deshalb müsste die Presse eigentlich erklären, es sollten sich alle über die Zensurbestimmungen hinwegsetzen.²⁸ Demgegenüber betonte der Vertreter des Oberkommandos in den Marken den Ernst der Lage, sah sich aber aus dienstlichen Gründen außerstande, dazu Einzelheiten anzugeben. Flehentlich bat er die Pressevertreter, sich an die Zensurvorgaben zu halten und die Autorität der Militärbehörde zu achten. „Seien Sie sich darüber klar, es wird in wenigen Tagen der Zeitpunkt kommen, wo Sie alle ohne Ausnahme in diesem Saal das lebhafteste Interesse daran haben, daß diese Autorität, die Sie jetzt angreifen zu können glau-

27 Siehe Bericht des Generalobersten von Linsingen über seine Anordnungen in den letzten Tagen vor der Revolution, 16.11.1918, in: Regierung des Prinzen, S.623-625, Zitat S. 624f.; zu Scheidemann: Archivalische Forschungen, Bd. 4/IV, S.1763; Erwähnung der verschiedenen Maßnahmen auch auf Sitzungen mehrerer Regierungsgremien, in: ebenda, S.1773, 1775, 1777.

28 Kriegspresseamt, Zensurberatungsstelle, Nr. 178/II, Aufzeichnungen Nr. 439 aus der Pressebesprechung vom 8.11.1918 – Vertraulich!, in: Geheimes Staatsarchiv München, MA 94814/5, S.1-15, Archivpaginierung nur auf der 1. Seite: 00065, im folgenden Seitenangaben wie auf dem Dokument: Zitat von Gerlach, S.2f.

ben, am Platze ist. Sonst wird man nicht nur über uns, sondern über Sie alle mit uns zur Tagesordnung übergehen.“²⁹

Zwei Journalisten hinterfragten die Anordnung des Oberkommandierenden in den Marken von Linsingen, alle auf Urlaub oder auf der Durchreise in Berlin weilenden Offiziere sollten sich bei der Stadtkommandantur melden. Es wäre der Verdacht in der Bevölkerung aufgekommen, diese Offiziere sollten eine besondere Garde bilden und auf die Bewohner schießen. Dieser Aufruf hätte „außerordentlich böses Blut“ hervorgerufen.³⁰ Tatsächlich hatte es bei den Militärs entsprechende Gedankenspiele gegeben, die zwar zu dieser Anordnung und zur Meldung von 1.000 Offizieren bei der Stadtkommandantur führten, aber wegen des Planungs- und Kompetenzzwirwars der letzten vorrevolutionären Tage im Sande verliefen.³¹ Eine Verwirklichung hätte höchstwahrscheinlich zu einem Bürgerkrieg in der Reichshauptstadt geführt.

Vor allem hatten die Journalisten unter der vollständigen Unterbrechung der Kommunikationswege zwischen Berlin und der Provinz zu leiden. „Berlin ist nun plötzlich von allem Telephon-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr vollkommen abgeschnitten.“ Diese Klage brachte der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ Georg Bernhard gegenüber den zuständigen Beamten vor und verlangte, wie fast alle anwesenden Journalisten, eine sofortige Wiederherstellung der telefonischen und telegrafischen Kommunikationsmöglichkeiten für die Zeitungen.³² Die Redakteure konnten seit dem Vorabend 23 Uhr keinerlei Nachrichten mehr von außerhalb empfangen oder nach außen absenden. Die Pressevertreter rannten mit ihrem Verlangen nach Rücknahme der Telefon- und Telegrafienunterbrechung bei den Behördenvertretern gegen eine Gummivand. Der zuständige Offizier des Oberkommandos in den Marken erklärte mehrfach seine Bereitschaft, sich bei seinen Vorgesetzten für eine Aufhebung der Maßnahme – jedenfalls für die Pressevertreter – einzusetzen und versuchte auf Drängen der Journalisten noch während der Besprechung vergeblich, entsprechende Telefonate zustande zu bekommen. Beamte anderer Behörden schlugen vor, einen Beirat aus Presse- und Behördenvertretern zu bilden oder Kontakte zu politischen Repräsentanten zu nutzen, also eine Lösung auf die lange Bank zu schieben. Eine baldige Aufhebung der Kommunikationssperre stellten die Behördenvertreter mehrfach in Aussicht. Doch kurz vor Schluss der Besprechung meldete der Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ Wiesner: „Ich erfahre soeben, daß die Absperrung der Presse nach außen wieder verschärft worden ist.“³³

Das absurde Schauspiel dieser Pressezensurbesprechung in den letzten Stunden des Kaiserreichs spiegelt die verzweifelten Versuche der alten Machthaber wider,

29 Ebenda, S.5.

30 Ebenda, S.3, Zitat S.10.

31 Siehe Schmidt, Heimatheer, S.268-300, insbes. 285-289 (zum Ablauf mit militärfachlicher Diskussion).

32 Kriegspresseamt, Zensurberatungsstelle, S.10.

33 Ebenda, S.15.

die Revolution von der Reichshauptstadt fernzuhalten. Trotz der von der Regierung des neuen Reichskanzlers Max von Baden und insbesondere von den Mehrheitssozialdemokraten herausgestellten Fortschritte bei der Demokratisierung im Rahmen der am 26. Oktober im Reichstag verabschiedeten Verfassungsänderung hatte sich nicht nur für die linkssozialistische Arbeiterschaft, sondern auch für die bürgerlichen Journalisten nichts an der innenpolitischen Situation verändert. Die Macht der Militärs schien noch immer ungebrochen.

Die verunsicherten Revolutionäre

Die Hauptträger des politischen Massenstreiks vom 28. Januar bis 5. Februar 1918 mit über 400.000 Streikenden allein in Berlin, die Frieden ohne Annexionen und eine Demokratisierung des Staates forderten, waren die oppositionellen Betriebsvertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) mit ihrem informellen Anführer Richard Müller, Branchenleiter der Dreher. Dieser Kreis von kritischen Funktionären im Berliner Verband des DMV (in der Novemberrevolution 1918 als „Revolutionäre Obleute“ bekannt geworden), die in den Fabriken arbeiteten und dort verankert waren, hatte sich bei den üblichen Gesprächen in Lokalen nach den offiziellen Gewerkschaftssitzungen als Gleichgesinnte zusammengefunden. Zwar gab es im Laufe des Krieges durchaus eine gewisse Fluktuation bei den Teilnehmern, doch blieben sie eine verschworene Gemeinschaft, in der die in den Betrieben übliche Kollegialität und Solidarität die Grundlage des Verhaltens bildete. Politisch standen die Obleute auf dem linken Flügel der USPD, nahe der Spartakusgruppe, waren aber aufgrund ihrer Verankerung in den Fabriken pragmatisch orientiert und traten selbstbewusst und autonom auf. Dennoch suchten sie bei der Planung und vor allem bei der Durchführung der von ihnen initiierten Massenaktionen Unterstützung bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und beim Spartakus.³⁴ Trotz der massiven Repressionsmaßnahmen der Militärbehörden gegen viele Teilnehmer des Massenstreiks vom Januar/Februar 1918 und der damit verbundenen Schwächung des gesamten linkssozialistischen Lagers begannen die linken Obleute, nach einer Phase der internen Neuorganisation, ungefähr ab Mai 1918 unter der Führung des Klempners Emil Barth (des Nachfolgers von Richard Müller), die nächste Massenaktion zu planen. Diesmal bereiteten sie eine von den Arbeitermassen getragene bewaffnete revolutionäre Erhebung vor, um Frieden und Demokratie zu erreichen. Der Aufstandsplan sah einen Massenstreik und bewaffnete Demonstrationen von den Betrieben in den Vororten und Außenbezirken aus in Richtung Innenstadt vor, mit anschließender Besetzung aller

34 Siehe Dirk H. Müller: Gewerkschaften, Arbeiterausschüsse und Arbeiterräte in der Berliner Kriegsindustrie 1914-1918, in: Gunther Mai: Arbeiterschaft in Deutschland 1914-1918, Düsseldorf 1985, S.165-173; Ders., Versammlungsdemokratie, S.265-307; Ottokar Luban: Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, Bochum, 40/2008, S.25-41.

wichtigen öffentlichen Gebäude. Die Bewaffnung der Arbeiter sollte in erster Linie für die Auseinandersetzungen mit der als absolut kaisertreu eingeschätzten Polizei dienen, möglichst schon mit abschreckender Wirkung auf die Polizisten. Damit sollte beim Zusammentreffen mit der Polizei den streikenden und demonstrierenden Arbeitern das Gefühl der Wehrlosigkeit genommen werden, das sie oft genug bei früheren Aktionen erfahren hatten. Bei den in Berlin stationierten Truppen hoffte man unter dem Eindruck der erwarteten Massenbeteiligung auf ein Überlaufen zu den Demonstranten. Die Bewaffnung wurde als unabdingbare Voraussetzung für ein Gelingen des Massenaufstandes angesehen. Unter der Führung Barths und der bald hinzukommenden USPD-Politiker Ernst Däumig (des amtierenden Parteisekretärs), des Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour, der sich schon bei früheren Massenaktionen in vorderster Front engagiert hatte, sowie des Mitglieds des Berliner USPD-Vorstandes Gustav Laukant gelang es, die Organisation in den Berliner Fabriken zu festigen und auszubauen, die Waffenbeschaffung zu organisieren und auch feste Kontakte zu anderen Städten und Regionen im Reich zu knüpfen.³⁵ Allerdings rechnete die Führung der revolutionären Obleute noch Anfang September 1918 damit, dass eine für den Aufstand günstige militärische und innenpolitische Situation erst im Januar 1919 entstehen würde.³⁶

Selbst im Oktober schien offensichtlich noch keine ausreichende revolutionäre Stimmung in der Berliner Arbeiterschaft vorhanden zu sein, wie der russische Botschafter in Berlin Adolf A. Joffe am 13. Oktober 1918 an Lenin nach Moskau berichtete: Die Liberalisierungsmaßnahmen der neuen deutschen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden und die Revolutionsdämpfung durch die Mehrheitssozialdemokraten hätten Wirkung erzielt, so dass nicht nur die MSPD, sondern auch das deutsche Proletariat gegen eine Revolution wären, „[...] und deshalb kann man auf die deutsche Revolution in nächster Zeit nicht hoffen“.³⁷ Und am 19. Oktober stellte Joffe fest: „Es ist zweifellos so, dass die Scheidemann-Leute immer noch die große Popularität haben.“ Das hätte sich gerade bei

35 Siehe Emil Barth: *Aus der Werkstatt der Revolution*, Berlin 1919, S.24, 32f., 42; Richard Müller: *Vom Kaiserreich zur Republik [Bd. I]. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges [Reprint]*, Berlin [West] 1974 [Originalausgabe 1924], S.126f., 138.

36 So der Bericht des nach Holland desertierten Spartakusführers Wilhelm Pieck über ein Gespräch mit der Leitung der revolutionären Obleute bei einem kurzen illegalen Besuch in Berlin, erstattet nach seiner Rückkehr in Amsterdam oder Den Haag Mitte September 1918, referiert in: Jean-Claude Montant: *La propagande extérieure de la France pendant la Première Guerre Mondiale. L'exemple de quelques neutres européennes*, thèse pour le doctorat de l'État, Université de Paris I, Panthéon-Sorbonne 1988, S.1489f.

37 Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte, Moskau [RGASPI], Fonds 5, Verzeichnis 1, Akte 2134, Bl. 39-44 Rücks., hier Bl. 40. Für die Übersetzung der Passagen aus den Joffe-Briefen danke ich Prof. Dr. Alexander Vatlin.

Nachwahlen zum Reichstag in Berlin gezeigt, wo die MSPD zwei Drittel, die USPD nur ein Drittel der Stimmen erhalten hätten.³⁸

Die Spartakusgruppe, die im Januarstreik 1918 mit den linken Obleuten zusammengearbeitet hatte, war durch Verhaftungsaktionen Ende März und Mitte August 1918 weitgehend zerschlagen worden. Da bei der letzten Polizeiaktion auch das gesamte Adressenmaterial der Spartakisten den Behörden bekannt geworden war, schätzte die Politische Polizei Ende September 1918 die Revolutionsgefahr als gering ein.³⁹ Eine zusätzliche negative Folge dieser Verfolgungen für die Spartakusgruppe und für die Stoßkraft der gesamten revolutionären Linken bestand darin, dass die Obleute – wahrscheinlich schon ab April 1918, spätestens im August – alle Kontakte zu den Spartakisten abgebrochen hatten, da diese zu stark von der Politischen Polizei beobachtet wurden.⁴⁰ Nachdem der amnestierte Karl Liebknecht⁴¹ am 23. Oktober aus dem Zuchthaus Luckau nach Berlin zurückgekehrt war, wurde die Zusammenarbeit mit Vertretern der Spartakusgruppe wieder aufgenommen. In allen gemeinsamen Sitzungen seit dem 26. Oktober forderten die Spartakisten Liebknecht, Ernst Meyer und Wilhelm Pieck (nach seiner Rückkehr aus dem holländischen Exil am 28. Oktober, sich steigende Aktionen einzuleiten, von Versammlungen über Demonstrationen und Streiks bis zum Aufstand. Die Obleute dagegen waren auf ihren Plan einer einmaligen revolutionären Massenaktion fixiert und lehnten die Spartakus-Vorschläge immer wieder ab. Aufgrund dieser Zögerlichkeiten der deutschen Linkssozialisten gab der voll informierte russische Botschafter am 28. Oktober 1918 erneut eine pessimistische Prognose ab: „Je mehr ich die Ereignisse hier betrachte, umso mehr komme ich zu der Überzeugung, dass die Revolution hier in Deutschland sich verspätet und auf jeden Fall eine Frage von Monaten ist.“ Nur falls die nationale Verteidigung und eine Militärdiktatur ausgerufen werde, würde es schnell zur revolutionären Explosion kommen.⁴²

Diese realistische Einschätzung des russischen Botschafters fand ihre Entsprechung in der Beurteilung durch linkssozialistische deutsche Genossen. Die Arbeiterinnen

38 Ebenda, Bl. 46.

39 Siehe BArch Berlin, R 3003, J 638/18, Nr. 1, Bl. 1, 6; Bericht der Politischen Polizei Berlin vom 28. September 1918, in: Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15842, Bl. 131.

40 Siehe Montant: La propagande, S.1489. Möglicherweise sind diese Verbindungen bereits – wie in Hamburg zwischen oppositionellen Metallgewerkschaftlern und den Linksradikalen – im Mai 1918 abgebrochen worden, als die scharfe Beobachtung und Bespitzelung durch die Politische Polizei nach mehrfachen Verhaftungswellen deutlich geworden war. Siehe BArch Berlin, C 113/18, Nr. 4, Bl. 146; Barth, Werkstatt, S.30.

41 Zu Karl Liebknechts Wirken nach seiner Rückkehr nach Berlin siehe: Annelies Laschitzka: Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie, Berlin 2007, S.376-390.

42 Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation, Moskau, Fonds 04, Mappe 70, Akte 990, Bl. 94.

und Arbeiter hatten Karl Liebknecht am 23. Oktober 1918 bei seiner Rückkehr aus dem Zuchthaus auf dem Anhalter Bahnhof zwar einen begeisterten Empfang bereitet, waren aber dennoch bei ihrer anschließenden Demonstration zum Berliner Prachtboulevard Unter den Linden vor den Säbeln der Polizei zurückwichen. Daher klagte der zur Spartakusführung gehörende Hermann Duncker, der als Kundgebungsteilnehmer Augenzeuge geworden war, in einem Brief an seine Tochter: „Aber die Schutzmannskette ist noch psychisch völlig ungerissen.“⁴³ Und am 5. November, als trotz der sich von den Küstenorten ausbreitenden revolutionären Massenaktionen in anderen Teilen Deutschlands, trotz der Versammlungsverbote in Berlin und der Ausweisung der Russischen Botschaft keine Reaktion der Berliner Arbeiterschaft erfolgte, machte Duncker seiner Enttäuschung Luft: „Und was werden die Berliner tun? – Nichts! – Es kann einen Hund jammern.“⁴⁴

Der Spartakusgruppe war es aufgrund ihrer extremen personellen Schwäche infolge der zahlreichen Inhaftierungen und Einberufungen nicht möglich, die Revolutionierung maßgeblich voranzutreiben. So musste ein anderer Spartakusführer, Paul Levi, am 5. November 1918 in einem Schreiben an Rosa Luxemburg resignierend feststellen, dass „uns ja augenblicklich jeder Mechanismus fehlt, der selbständig Massen in Bewegung setzen könnte“.⁴⁵

Am Sonntagabend, dem 2. November, hatte in den Gremien der Revolutionären Obleute die Entscheidung über den Termin des Aufstands fallen sollen. Am Vormittag waren die führenden Obleute mit den Vertretern des USPD-Parteivorstandes, darunter der Vorsitzende Hugo Haase, und den Spartakusführern Liebknecht und Pieck zusammengelassen, um den Aufstandsplan und den Text eines Aktionsaufrufes zu besprechen. „Alle Teilnehmer der Sitzung waren sich einig, daß am Montag, dem 4. November, losgeschlagen werden sollte. Der Gen. 1 [Wilhelm Pieck] übernahm die Drucklegung des Aufrufs zu besorgen.“⁴⁶ Auf der Sitzung am Abend mit den Vertretern der Betriebe plädierte als erster Redner Barth „mit Entschiedenheit für die geplante Aktion“ und schlug vor, zunächst die jetzt anwesenden Betriebsobleute sprechen zu lassen. Doch diese berichteten mehrheitlich, dass „die Stimmung noch nicht gut genug“ sei. „Es waren geradezu niederschmetternde Berichte“. Nunmehr erklärten sich Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und sogar Richard Müller „mit aller Beredsam-

43 BArch Berlin, NY 4445 (Nachlass Hermann und Käte Duncker), Nr.155, Bl. 303, o. D. [24./25.10.1918].

44 Ebenda, Bl. 306, 5.11.1918.

45 Ottokar Luban: Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg, Juni 1917; 5. November 1918, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XI, 1971, S.225-240, Schreiben vom 5.11.: S.238-240, Zitat: S.239.

46 Barth, Aus der Werkstatt der Revolution, S.47; Zitat in: Wilhelm Pieck: Vorbereitungen auf die Revolution [Manuskript in Maschinenschrift], S.4, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg [AsD Bonn], Nachlass Paul Levi, Mappe 34, hier chiffriert: Zahlen statt Namen, Dechiffrierung anhand des Manuskriptes in: BArch Berlin, NY 4036, Nr. 384, Bl. 54-193.

keit gegen die Aktion am Montag“ und schlugen eine Verlegung um eine Woche mit neuem vorherigem Beratungstermin am 6. November vor. Die Spartakusvertreter griffen auf ihre früheren Vorschläge mit einer einleitenden Aktion zurück, die je nach herrschender Stimmung gesteigert werden sollte. Dies wurde erneut von Barth, Ledebour und Richard Müller abgelehnt und als „Revolutionäre Gymnastik“ abqualifiziert. Obwohl sich Ledebour „energisch für die sofortige Aktion“ einsetzte, stimmten die Vertreter der Betriebe mit 22 zu 19 Stimmen gegen den Termin 4. November und votierten für den 11. des Monats mit vorheriger Beratung am 6. November. Aufgrund der Berichte aus den Fabriken herrschte „eine geradezu katzenjämmerliche Stimmung“, charakterisierte Pieck in seinen Erinnerungen die Atmosphäre dieser Sitzung.⁴⁷

Es ist anzunehmen, dass bereits vor dem 2. November oder an diesem Tage in den Fabriken eine von der MSPD-Parteiführung initiierte intensiviertere mündliche Agitation ihrer Betriebsobleute, einschließlich der Verbreitung von Erklärungen des Vorstandes in Flugblättern und Zeitungen, stattgefunden und erfolgreich, d.h. beruhigend, gewirkt hat. Darauf deuten die Formulierungen Eberts in seinem Bericht vor der Fraktion am 6. November und die des MSPD-Staatssekretärs Gustav Bauer am 7. November in einer Sitzung beim Innenministerium hin. Das gilt ebenso für die Aussage des Parteivorstandsmitgliedes und Reichstagsabgeordneten Hermann Müller, ihre Betriebsvertrauensmänner hätten seit dem Januarstreik mit den linkssozialistischen Obleuten „Tag für Tag Auseinandersetzungen über die zur Herbeiführung des Friedens und der Demokratisierung Deutschlands einzuschlagende Taktik“ geführt.⁴⁸ Aus einer anderen Formulierung Eberts auf der Fraktionssitzung am Morgen des 9. November geht hervor, dass die Parteiführung „in diesen Tagen [vor dem 9.11.] regelmäßig [...] Besprechungen mit Vertretern der Genossen in den Berliner Betrieben“ abgehalten hatte,⁴⁹ d. h., dass ein sehr breites Spektrum von Propagandisten in den Fabriken für den mehrheitssozialdemokratischen Standpunkt tätig war. Wie sich an der Entscheidung über den verschobenen Aufstandstermin zeigt, hatten die Mehrheitssozialdemokraten aufgrund intensiver Bemühungen in den Betrieben in den vorrevolutionären Tagen propagandistisch mit den linken Obleuten zeitweilig gleichgezogen.

Die legale schriftliche USPD-Agitation war in Berlin von geringem Umfang, denn die Behörden hatten der Partei in der Stadt keine eigene Tageszeitung genehmigt. So konnte die USPD über ihr parteiinternes, wöchentlich erscheinendes

47 Zitate in: Pieck, Vorbereitungen, S.5f.; Karl Liebknecht: Tagebuch, in: Ders: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin [Ost] 1968, S.582f.; Barth, Werkstatt, S.49-51, S.51 (Abstimmung).

48 Hermann Müller: Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S.45; zu den Äußerungen Eberts und Bauers: siehe oben, Abschnitt „Die propagandistische Revolutionsabwehr durch die MSPD“.

49 Reichstagsfraktion, zweiter Teil, S.518; „Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hatte in Berlin [in den Tagen vor der Novemberrevolution] täglich mit den Vertrauensleuten der Betriebe Sitzung.“ (Müller, Novemberrevolution, S.26).

des Mitteilungsblatt nur ihre Mitglieder, nicht aber breite Arbeiterkreise ansprechen. Deshalb abonnierten Anhänger und Funktionäre der USPD als Tageszeitung häufig die „Leipziger Volkszeitung“. Doch deren Auslieferung in Berlin unterbanden die Behörden gerade in den vorrevolutionären Tagen.⁵⁰ Ansonsten wurden in der Arbeiterschaft häufig der „Vorwärts“ oder bürgerliche Blätter gelesen. Die Spartakusgruppe hatte seit Anfang Oktober verstärkt eigene Flugschriften herausgebracht. Ende Oktober kam – auf Anregung Piecks und mit Zustimmung Barths – ein von Däumig verfasstes Flugblatt gegen die massenhaften Einberufungen zur Armee zustande, das Pieck drucken ließ. Es wurde mit der Unterschrift „Der Vollzugausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte“ als erste Flugschrift mit diesem Namen am 29. Oktober in den Betrieben verteilt. Die USPD-Reichstagsfraktion gab am 4. November einen Aufruf mit der indirekten Aufforderung zum Handeln heraus: „Haltet Euch zum Eingreifen bereit!“ Die Führung der Obleute beschloss am 4. November die Herausgabe eines Flugblattes zum Matrosenaufstand in Kiel, das die einzelnen Betriebsvertrauensleute auf der Sitzung des Plenums am 6. November erhielten. Eine von der Spartakusgruppe verfasste mehrseitige Flugschrift zum Jahrestag der russischen Revolution wurde am 7. November vertrieben.⁵¹ Auf diese Drucksachen beschränkte sich die Agitation der revolutionären Kräfte in Berlin in diesen vorrevolutionären Tagen. Doch stellte dies immerhin ein gewisses Gegengewicht zur Beruhigungspropaganda der Mehrheitssozialdemokratie dar.

Nach dem Abstimmungsdesaster bei den revolutionären Obleuten am 2. November hatten sich Liebknecht und Pieck nicht entmutigen lassen. Täglich drängten sie mit Hinweisen auf die sich steigernde revolutionäre Situation im Reich bei den anderen linkssozialistischen Führern auf den großen Schlag oder als Minimalmaßnahme wenigstens auf eine Demonstration gegen die Ausweisung der russischen Botschaft. Doch die Anführer der revolutionären Obleute sahen darin „eine Gefährdung der vorgesehenen Aktion“ und beharrten noch am 7. November auf ihrem alten Standpunkt: „es wäre jetzt alles für Montag, den 11. November, vorbereitet und dürfe bis dahin nichts geschehen.“⁵²

Die Waffenbeschaffung für die revolutionären Obleute

Die Finanzierung der Waffenkäufe bereitete große Schwierigkeiten. Aus deutscher Sympathisantenquelle flossen die Gelder für die Waffenkäufe höchstwahrscheinlich nur spärlich. Der Versuch, über Sponsoren der deutschsprachigen

50 Siehe Zensurbesprechung Kriegspresseamt, Zensurberatungsstelle, Nr. 178/II, Aufzeichnungen Nr. 439 aus der Pressebesprechung vom 8.11.1918 – Vertraulich!, in: Geheimes Staatsarchiv München, MA 94814/5, S.1-15, hier S.1.

51 Text der Flugblätter in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914-1945, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 2: November 1917 – Dezember 1918, Berlin [Ost] 1957, S.275-277, 287f., 294-298, 307-315; siehe auch Pieck, Vorbereitungen, S.2, 7-9.

52 Siehe ebenda, S.6-9, Zitat S.9; Liebknecht, Tagebuch, S.583-585.

sozialistischen Wochenzeitung „Der Kampf“ in Amsterdam finanzielle Unterstützung zu erhalten, scheiterte.⁵³ Mit der russischen Botschaft nahmen die linken Obleute wahrscheinlich zunächst deshalb keinen Kontakt auf, weil sie zu stark von den Polizei überwacht wurde. Erst Mitte September kam es außerhalb des Botschaftsgeländes zu einem Treffen Barths mit einem führenden Vertreter der Bolschewiki. Während eines Aufenthaltes vom 6. bis 23. September 1918 in Berlin referierte Petr Stučka als Repräsentant der russischen Partei auf einer internen USPD-Konferenz am 11. und 12. September ausführlich über die russische Revolution und besuchte an einem der folgenden Tage auch eine Sitzung der revolutionären Obleute unter dem Vorsitz von Emil Barth. Dort habe er, Stučka, sich „bedeutend mehr zu Hause gefühlt als auf der Parteikonferenz“. Anschließend kam es zu Gesprächen im kleinen Kreis, wo Barth noch schärfer auftrat als zuvor.⁵⁴ Hierbei muss Barth gegenüber Stučka die Finanzierung der Waffenkäufe angesprochen haben. Denn Joffe, hat später, im Dezember 1918, erklärt, dass Barth ihm bei ihrem einzigen Gespräch im Rahmen des Liebknecht-Empfangs in der russischen Botschaft am 24. Oktober 1918 Vorwürfe gemacht habe, „daß ich [Joffe] ihm die von ihm bei einem namhaften Mitgliede der Kommunistischen Partei gelegentlich dessen Besuches in Berlin erbetene Summe von zwei Millionen seinerzeit nicht ausgehändigt hatte.“⁵⁵ Damit hatte Barth offensichtlich das Gespräch mit Stučka gemeint. Joffe bestätigte Mitte Dezember von Russland aus in öffentlichen Funksprüchen Geldzahlungen an Barth für die deutsche Revolution, nachdem die deutsche Nachrichtenagentur WTB gemeldet hatte, dass ausgewiesene russische Botschaftsangehörige Rechnungen für Waffenankäufe mit einer Gesamtsumme von 105.000 Mark im Eisenbahnzug nach Russland vergessen hatten.⁵⁶ Barth bestätigte für seine Person den Erhalt der für den Waffenkauf bestimmten Gelder, die er aber weder von Joffe noch von anderen Russen, sondern von deutschen Idealisten erhalten haben wollte. Der USPD-Vorsitzende Hugo Haase sei erst nach Schaffung von Tatsachen von ihm infor-

53 Siehe Montant, *La propagande*, S.1479-1495. Im Hintergrund der Finanzierung des „*Kampfes*“ stand der französische Militärattaché Boucabaille in Den Haag (siehe ebenda).

54 Petr Stučka: Die deutschen unabhängigen Revolutionäre, in: *Pravda*, 24.11.1918, S.1; im Brief Stučkas an Lenin vom 16.9.1918 sind Angaben über das Treffen mit Barth nicht enthalten. Siehe RGASPI, Fonds 5, Verzeichnis 3, Akte 255, Bl.1-6.

55 Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, bearbeitet von Dr. Herbert Michaelis und Dr. Ernst Schraepfer unter Mitwirkung von Dr. Günter Scheel, 2. Bd.: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs, o. O., o. J. (Berlin [West] 1958?), S.535f.

56 Siehe Winfried Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien-München 1966, S.365f.; die einzelnen Funksprüche sind abgedruckt in: Ursachen, 2. Bd., S.534-539; Vermerk (Abschrift), gez. Solf, 1.12.1918, über die Waffenrechnungen, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, R 19594, unpag.

miert worden.⁵⁷ Laut den aufgefundenen Waffenrechnungen erfolgte der Ankauf in der Zeit vom 21. September bis 31. Oktober.⁵⁸ Damit kann aufgrund des Stučka-Berichts, der Waffenrechnungen und der Bemerkung Joffes erstmals der Zeitraum der Waffenfinanzierung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober 1918 datiert werden. Joffe erwähnt allerdings erst am 13. Oktober in seinem Brief an Lenin die Geldzuwendung für die „Bewaffnung“.⁵⁹ Die Gelder für die Waffenkäufe wurden höchstwahrscheinlich im Auftrage von Joffe über den USPD-Reichstagsabgeordneten und Rechtsanwalt Oscar Cohn, dem juristischen Vertreter der Botschaft, zu den revolutionären Obleuten transferiert, wobei die Kenntnis darüber auf ganz wenige Eingeweihte beschränkt blieb. Barth selbst erwähnt Emil Eichhorn, der in der russischen Nachrichtenagentur arbeitete, als Übermittler von Geldern.⁶⁰

Nach den Aussagen eines Waffenkäufers, des jungen Kaufmannes Bruno Peggau, der zu einem USPD-Kreis um Georg Ledebour gehörte, wurden die Waffen und die dazugehörige Munition ganz legal bei Händlern in Berlin und Thüringen gekauft.⁶¹ Mit einem Pferdewagen holte er sie in Berlin vom Bahnhof oder von Waffengeschäften ab und brachte sie zu den mit der konspirativen Waffenlagerung beauftragten Obleuten, die die Waffen in Kleingärten oder auf Fabrikgelände versteckten. Peggau hatte das Geld für die von ihm getätigten Waffenkäufe von seinem wohlhabenden Schwiegervater vorgestreckt bekommen und blieb bei Ausbruch der Novemberrevolution auf der am 8. November eingetroffenen letzten Waffenlieferung und der entsprechenden Rechnung sitzen. Denn Barth nahm ihm nach dem 9. November die Waffen nicht mehr ab und bezahlte sie auch nicht.⁶²

57 Siehe Barth, 9.12.1918, Sitzung des Rates der Volksbeauftragten sowie Presseerklärung Barths, in: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, erster Teil, eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1969, S.301f, Anm.8, S.302.

58 Siehe Baumgart, Ostpolitik, S.365, Anm.133.

59 Siehe Alexander Vatlin: Im zweiten Oktober. Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die außenpolitische Wende der Bolschewiki, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2007, S.180-200, auf S.195 das Zitat: „Sogar für die Bewaffnung wollen sie nicht mehr nehmen, als sie bisher genommen haben.“

60 Siehe Müller, Versammlungsdemokratie, S.320, Anm. 223.

61 Mündliche Befragung Bruno Peggau am 17. Februar 1968 durch den Verfasser. Für den legalen Waffenkauf spricht ein Schreiben der Inhaberin der betroffenen Berliner Waffenhandlung Benekendorff an Barth vom 12.12.1918, AsD Bonn, NL Barth, Kassette I/1, Bl. 35). In Thüringen hatte Barth einen Freund, der in der Waffenindustrie tätig gewesen sein muss (siehe ebenda, Kassette I/1, Bl. 37: Albert Schuchardt an Emil Eichhorn, 2.12.1918 mit Weiterleitung an Barth sowie Frau Schuchardt an Familie Barth, 13.12.1920).

62 Befragung Peggau. Auch vor Gericht konnte sich Peggau aus formalen Gründen nicht durchsetzen. (siehe Urteil des Landgerichts [Berlin] I vom 3. Juni 1921, Az. 160426/19, Kopie des Gerichtsurteil im Besitz des Verfassers); Schreiben Peggau an Barth vom

Für alle an der Waffenbeschaffungs- und Verteilungsaktion beteiligten Obleute bestand bei Entdeckung ein hohes Risiko, aufs schwerste bestraft zu werden. Dessen waren sich Barth und die weiteren Beteiligten durchaus bewusst.⁶³ Die eingehaltene strenge Konspiration und die Solidarität in der Arbeiterschaft schützten die beteiligten Obleute vor der Entdeckung durch die Polizei.

Die Bewaffnung der revolutionären Obleute wird in der Revolutionshistoriografie oft ironisch vermerkt. Diese Beurteilung verkennt die psychologische Situation der Aufständischen, die oft genug bei vorangegangenen Massenaktionen, wie zuletzt im Streik vom Januar/Februar 1918, vor der bewaffneten kaisertreuen Polizei hatten zurückweichen müssen. Die sichtbare Bewaffnung der Obleute beseitigte das Gefühl der Wehrlosigkeit und bewirkte sowohl bei den bewaffneten Anführern wie bei den mitbeteiligten Kolleginnen und Kollegen eine wesentliche Stärkung des Selbstbewusstseins und damit der Bereitschaft zur Massenaktion. Am 9. November waren es nicht nur die Flugblätter, sondern auch die Waffen, deren Verteilung das eindeutige Signal zum Aufstand gab.

Die entscheidenden Revolutionstage: 8. und 9. November 1918⁶⁴

Am Mittag des 8. November lief das am Vorabend dem Reichskanzler Max von Baden zugestellte Ultimatum der MSPD mit den fünf Forderungen, vorrangig der Rücktritt des Kaisers, ab. Zwar wurde das Ultimatum auf den Termin des Waffenstillstandsabschlusses verlängert,⁶⁵ jedoch erfüllte der Text, als Flugblatt am Abend des 7. und am 8. November verteilt sowie im „Vorwärts“ vom 8. November und in der bürgerlichen Presse veröffentlicht, zunächst einmal den von Ebert formulierten Zweck, „die Arbeiter zu beruhigen.“⁶⁶ Mit einem neuen Aufruf des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion vom 8. November, in dem erreichte oder in Aussicht stehende Verbesserungen hervorgehoben, die unmittelbar bevorstehende Abdankung des Kaisers angekündigt und die Verlängerung des Ultimatums erklärt wurden, bat die Parteiführung die Arbeiter noch um ein paar Stunden Geduld. Der Aufruf wurde am Abend des 8. November als Flugblatt an die MSPD-Vertrauensleute zur Weiterverteilung ausgegeben und am Morgen des 9. November im „Vorwärts“ verbreitet.⁶⁷ Am Abend des 8. November hatte die von Ebert im Interfraktionellen Ausschuss als „entscheidende Sitzung“ deklarierte Aussprache der Parteiführung mit den Betriebsvertrauensleuten im Parteihaus in der Lindenstraße 3 stattgefunden. Dabei gelang es Ebert,

23.11.1918, in: AsD Bonn, NL Barth, Kassette I/1, Bl. 34. Siehe auch schriftl. Bericht des Betriebsobmannes Paul Neuendorf, in: LAB, BPA [Bezirksparteiarchiv] V5/034, Bl. 2.

63 Siehe Barth, Werkstatt, S.3, 46.

64 Aus Platzgründen können hier nicht mehr die Vorgänge am Abend des 9. und am 10. November behandelt werden.

65 Siehe Vorwärts, 8.11.1918, Titelblatt.

66 Bericht über die Fraktionssitzung lt. „Sozialdemokratischer Pressedienst“, in: Müller, Novemberrevolution, S.43 (mit Zitat).

67 Siehe Reichstagsfraktion, 2. Teil, S.515f.; Müller, Novemberrevolution, S.44.

die Zustimmung zu erhalten, eine Entscheidung über das weitere Vorgehen auf eine am Morgen oder Mittag des nächsten Tages vorgesehene Sitzung zu verschieben.⁶⁸ Nach einer von Staatssekretär Theodor Lewald an den Reichskanzler weitergegebenen Information hatte Ebert erklärt, er hoffe, die Massen in der Hand behalten zu können, falls die Abdankung bis Sonnabend früh zu erreichen wäre.⁶⁹ Die MSPD-Führung versuchte also noch wenige Stunden vor dem Ausbruch des revolutionären Massenstreiks, auf die Karte ‚Beruhigung der Arbeiterschaft‘ zu setzen, um die befürchtete revolutionäre Erhebung zu verhindern.

Bei der am Sonnabend, dem 9. November, um 9 Uhr vormittags beginnenden Fraktionssitzung war die Streikbewegung nach Ebert schon „im Fluß“; erst jetzt sollte die „Parole ‚allgemeine Arbeitseinstellung‘“ ausgegeben werden. Nach den Berichten der „Betriebsmänner“ waren „in den meisten Großbetrieben die Arbeiter im Streik“. Ebert ging auf die beabsichtigten nächsten Schritte ein: „Der Vorstand hat sich dahin verständigt, bei einer notwendigen [!] Aktion gemeinsam mit den Arbeitern und Soldaten vorzugehen. Die Sozialdemokratie solle dann die Regierung ergreifen, gründlich und restlos [!], ähnlich wie in München, aber möglichst ohne Blutvergießen.“⁷⁰ Doch erst kurz nach Mittag, als bereits die ersten Demonstrationen der aufständischen Arbeiterinnen und Arbeiter die Innenstadt erreicht hatten, kamen die Mehrheitssozialdemokraten mit einem eigenen Streikaufruf heraus.⁷¹

In ihrer machtpolitischen Zielsetzung hatte sich die MSPD-Führung unter dem Eindruck der auf der Siegesstraße befindlichen revolutionären Erhebung gesteigert. In dem am Abend des 7. November gestellten, noch immer geltenden Ultimatum war lediglich eine stärkere Beteiligung der MSPD an der Regierung Max von Baden und an der preußischen Staatsregierung verlangt worden. Nachdem der revolutionäre Massenstreik in Berlin trotz ihres Widerstandes ausgebrochen war, ging es den Mehrheitssozialdemokraten nunmehr um die Führung in der Reichsregierung, bei Verbleiben der bürgerlichen Parteivertreter und – um die linkssozialistischen Kräfte einzubinden – unter Beteiligung der Unabhängigen.⁷² Ebert forderte gemeinsam mit einer Delegation seiner Partei am 9. November gegen 12.30 Uhr beim Reichskanzler Max von Baden ultimativ die Macht für die Sozialdemokraten. Angesichts des schon zur Mittagszeit abzusehenden Erfolges der revolutionären Massenbewegung in der Reichshauptstadt – vor allem wegen des Überlaufens der Berliner Truppen zu den Aufständischen – übertrug Max von Baden die Reichskanzlerschaft auf Ebert. Diese Form war verfassungsrecht-

68 Siehe ebenda, S.45, Zitat in: Regierung des Prinzen, S.600 (Prot. der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 8.11.1918).

69 Siehe ebenda, S.618.

70 Reichstagsfraktion, 2. Teil, S.520, 518.

71 Siehe Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik. Bd. II: Die Novemberrevolution, Wien 1925, S.24, 230.

72 Siehe Reichstagsfraktion, zweiter Teil, S.518f.; Mühlhausen, Friedrich Ebert, S.106-108.

lich nicht abgedeckt und damit schon an sich ein revolutionärer Akt.⁷³ Am Nachmittag wurden ein Aufruf des Reichskanzlers Ebert als Plakat und in Flugblattform in den Straßen Berlins verbreitet.⁷⁴

Während die Mehrheitssozialdemokraten in diesen vorrevolutionären Tagen keinerlei Einschränkungen ihrer propagandistischen Tätigkeit durch die Behörden erfuhren und sich keinerlei Sorgen vor Unterdrückungsmaßnahmen der Polizei oder der Militärs machen mussten, stellte sich die Situation für die zum Aufstand entschlossenen Kräfte bis zum Gelingen der revolutionären Erhebung ganz anders dar. Praktisch lebten die Revolutionäre und ihre Anhänger in einer anderen Welt.

Sie mussten ihre Aktivitäten unter den ungünstigsten Bedingungen der Illegalität ausüben. Ihre propagandistischen Möglichkeiten waren äußerst eingeschränkt, ihre organisatorischen Vorbereitungen standen bis zum erfolgreichen Aufstand unter der Drohung von Verhaftungen und schweren Strafen. Nachdem am 3. November der zu dem Kreis der Revolutionäre hinzugestoßene Oberleutnant Eduard Walz verhaftet worden war, mussten die revolutionären Obleute davon ausgehen, dass ihr Aufstandsplan und auch die Namen der Beteiligten verraten worden waren.⁷⁵ Unter dem Eindruck der Ergebnisse aus dessen Vernehmungen oder unabhängig davon hatte der Oberkommandierende in den Marken am Morgen des 7. November das Einverständnis des Kriegsministers eingeholt, verdächtige linkssozialistische Führer bei Unruhen zu verhaften.⁷⁶ Bereits am Mittwoch, dem 6. November, war mit einem großen Polizeiaufgebot vergeblich versucht worden, eine Sitzung der revolutionären Obleute in Berlin-Reinickendorf auszuheben, was die Obleute auch bemerkten. Am 8. November wurden die Revolutionäre intensiv von der Politischen Polizei beschattet, der wichtige Strategie Ernst Däumig verhaftet. Die Aufstandspläne, die Däumig in einer Aktentasche bei sich führte, bzw. weitere in Däumigs Wohnung aufgefundene Unterlagen zur geplanten revolutionären Aktion fielen der Polizei in die Hände und wurden an die Militärbehörden weitergegeben. Zum Glück für die Aufstandsplaner waren die auswertenden Militärstellen – teils aus Zeitmangel, teils aus Inkompetenz und Desinteresse – nicht mehr in der Lage, daraus Konsequenzen für die Bekämpfung des Aufstandes zu ziehen.⁷⁷

73 Siehe Erinnerungen des Prinzen Max von Baden, Auszug, in: Ritter/Miller (Hrsg.), *Revolution*, S.74f.

74 Siehe Dokumente und Materialien, Reihe II, Bd. 2, S.333.

75 Tatsächlich verriet Walz in Vernehmungen am 5. November so gut wie alles. Aussagen von Walz und anderen in: Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Ingo Materna (Hrsg.): *Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß*, Berlin 1993, S.287f., 380-388. Siehe auch Schmidt, *Heimatheer*, S.175, 286.

76 Siehe oben Abschnitt „Die militärische Revolutionsabwehr“.

77 Siehe Barth, *Werkstatt*, S.51f.; Schmidt, *Heimatheer*, S.204-206.

Die führenden Revolutionäre hatten angesichts der von Boten gemeldeten ungünstigen Revolutionsaussichten in der Provinz,⁷⁸ der massiven antirevolutionären Propaganda der Mehrheitssozialdemokraten bis zum Morgen des 9. November, der zögernden Vertrauensleute in den Betrieben, der verstärkten Militärpräsenz und der exekutierten und weiterhin drohenden Polizeimaßnahmen mit der Auslösung der großen Aktion auf den am 2. November festgelegten Termin, den 11. November, warten und vorübergehend untertauchen können. Offensichtlich hatten die Linkssozialisten keinerlei Informationen über die diversen Schwierigkeiten innerhalb der Berliner Truppenformationen und ihrer Befehlsstruktur⁷⁹ sowie über die Bereitschaft der MSPD-Führung, beim Erfolg versprechenden Anlaufen der Streikaktion sich nicht nur daran zu beteiligen, sondern sich sogar an deren Spitze zu stellen. Vielmehr rechneten Barth und seine politischen Freunde mit einem Kampf gegen eine von den Mehrheitssozialdemokraten über die bürgerlichen Kräfte bis zu den Militärs reichende Front.⁸⁰

Die Führung der revolutionären Obleute musste also am 8. November das Risiko für die Verwirklichung ihres Aufstandsplanes als außerordentlich hoch einschätzen. Dennoch entschlossen sich fast alle führenden Linkssozialisten zum Wagnis, zur Massenaktion am 9. November aufzurufen. Da der Kreis der Revolutionäre durch die Verhaftung Däumigs und die bemerkte Beschattung durch Zivilpolizisten erst einmal in verschiedene Richtungen verstreut worden war, kam es zur Herausgabe und Verteilung zweier unterschiedlicher Flugblätter.⁸¹ Barth will noch am Abend des 8. November die „Obleute, Stoßtruppführer und Kuriere“, insgesamt 42 Personen, zur Beratung der Aktion zusammenbekommen haben. Hier wurden die Flugblattverteilung, die Waffenausgabe und der Weg der Demonstrationzüge besprochen.⁸²

Die führenden Revolutionäre hatten sich, wie Wilhelm Pieck berichtet, für den Morgen des 9. November in einem „Spartakusbüro“ in Berlin-Schöneberg verab-

78 Nach Martha Arendsee, die selbst als Botin unterwegs war, hatte Däumig vor dem 8. November von fast allen ausgesandten Boten, die den Aufstandstermin 11. November überbringen sollten, ungünstige Nachrichten erhalten. (Siehe BArch Berlin, NY 4017 (Nachlass Martha Arendsee) Nr. 11, Bl. 126.)

79 Siehe dazu die ausführlichen kritischen Analysen bei Schmidt, Heimattheer, z. B. S.199-209 (Waffengebrauch), 209-223 (Die praktischen Vorbereitungen zur Revolutionsabwehr).

80 Barth: „Wir haben in den letzten Monaten, während deren wir die Vorbereitungen zum Kampfe trafen, nie geglaubt, daß uns der Sieg so leicht werden würde. Wir hatten geglaubt, daß wir den schärfsten Kampf mit den Regierungssocialisten kämpfen müßten, und als eine Niederlage nicht mehr zu befürchten war, waren sie mit fliegenden Fahnen zur Revolution übergegangen“, in: AsD Bonn, NL Barth, Kassette I/1, Bl. 303, handschriftl. Manuskript: Unsere Aufgaben.

81 Siehe Liebknecht, Tagebuch, S.584f.; Pieck, Vorbereitungen, S.9f.

82 Siehe Barth, Werkstatt, S.52-54; AsD Bonn, NL Barth, Kassette II/5, Nr. 274, handschriftl. Manuskript: Die Revolution vom Januar 1918 bis März 1919 von Emil Barth, S.9.

redet, „um von hier aus ihre weiteren Maßnahmen zu treffen [...] Die Stimmung in unserer Zusammenkunft, zu der nur wenige Genossen erschienen waren, war äußerst gespannt wegen der Frage, ob die Arbeiter der ausgegebenen Parole folgen und welchen Ausgang die Aktion nehmen würde.“ Bei dem Versuch, Kontakt zu weiteren Leitungsmitgliedern zu bekommen, erfuhr Pieck, „daß die Betriebe zum größten Teil der ausgegebenen Parole gefolgt waren“. Später müssen sich Pieck und die weiteren Anwesenden vom Spartakusstützpunkt zu einem Lokal in der Innenstadt (Jostystraße) begeben haben, wo die ankommenden Genossen von Barth Aufträge zur Besetzung bestimmter öffentlicher Gebäude bekamen wie Emil Eichhorn für das Polizeipräsidium und Liebknecht für das Schloss.⁸³ Die vielfach mit den linken Betriebsvertrauensleuten besprochenen Pläne sorgten nach der Parole zum Losschlagen für ein relativ planmäßiges Vorgehen der Demonstrationzüge und gaben der Aktion für einige Stunden eine gewisse Ablaufstruktur. Die aus den Fabriken in die Innenstadt ziehenden Demonstrationzüge konnten, wie geplant, die Soldaten in den Kasernen zum Anschluss an die Aufständischen bewegen. Das wichtige Polizeipräsidium und einige öffentliche Gebäude wurden – allerdings wohl nicht planmäßig genug – von den Revolutionären übernommen, einige Regierungsbauten erst gegen Abend. Doch schon am Nachmittag des 9. November war klar: Die alten Mächte hatten abgedankt. Der von den revolutionären Obleuten initiierte revolutionäre Massenstreik war erfolgreich gewesen.⁸⁴

Während die Initiatoren der Revolution am 9. November an ihren Treffpunkten auf Nachrichten über den Stand der Bewegung warteten, die Besetzung öffentlicher Gebäude zu organisieren versuchten und nach dem Eintreffen von Nachrichten über das Gelingen der Aktion durch die Stadt fuhren,⁸⁵ um revolutionäre Ansprachen vor den Demonstranten zu halten und selbst die Besetzung von Gebäuden anzuführen, hatten die entschiedenen Gegner dieses revolutionären Aufstandes, die mehrheitssozialdemokratischen Führer, den erfolgreich anlaufenden Aufstand ausgenutzt. Sie hatten sich die Regierungsgeschäfte durch den Repräsentanten der alten Gewalt Prinz Max von Baden übertragen lassen und waren damit die eigentlichen Gewinner der revolutionären Erhebung geworden, auch wenn sie anschließend die Unabhängigen Sozialdemokraten an der Regierung beteiligten.

⁸³ Siehe Pieck, Vorbereitungen, S.12.

⁸⁴ Siehe Müller, Kaiserreich, Bd. II, S.9-17; Barth, Werkstatt, S.52-57.

⁸⁵ So übernachteten die USPD-Reichstagsabgeordneten Ledebour, Dittmann und Vogtherr aus Sorge um eine mögliche Verhaftung vom 8. zum 9. November in ihren Arbeitszimmern im Reichstag. Ledebour fuhr am Vormittag zum Treffpunkt Spartakusbüro und danach durch die Stadt, wo er Ansprachen hielt. Siehe Ledebour, 20.5.1919, vor dem Schwurgericht Berlin, in: Ursachen und Folgen, Bd.2, S.543f.

Für ein differenziert revidiertes Geschichtsbild der Novemberrevolution 1918

In seinem Standardwerk über die Arbeiterbewegung in den ersten Jahren der Weimarer Republik gibt Heinrich August Winkler eine widersprüchliche Darstellung der Ereignisse. Er berichtet einerseits, dass der mehrheitssozialdemokratische „Vorwärts“ am Morgen des 9. November die Berliner Arbeiterschaft noch aufgerufen hätte, Geduld zu bewahren. Andererseits suggeriert Winkler, dass die Mehrheitssozialdemokratie den Ausbruch der Massenstreiks bewirkt habe. Denn Otto Wels hätte am 9. November um 8 Uhr den Generalstreik vor den im Partei- und „Vorwärts“-Gebäude in der Lindenstraße versammelten Betriebsleuten ausgerufen, während der von Emil Barth verfasste Aufruf zum Generalstreik „in kleiner Auflage“ nur „in einige Betriebe“ hätte gelangen können.⁸⁶ Da der Aufruf zum Generalstreik der MSPD erst um 13 Uhr als Flugblatt und Extraausgabe des „Vorwärts“ in den Straßen Berlins verteilt worden sein soll,⁸⁷ sind die von Winkler angegebenen Zeitabläufe wenig wahrscheinlich. Im weiteren Verlauf der Darstellung werden von Winkler die durch die Straßen Berlins ins Stadtzentrum ziehenden Züge mit streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern, die eine Verbrüderung mit den kasernierten Soldaten erreichten und öffentliche Gebäude besetzten, überhaupt nicht erwähnt, als hätte es sie gar nicht gegeben. Nach Winkler war der Übergang der Naumburger Jäger zur Mehrheitssozialdemokratie und ihren Zielen, am frühen Vormittag des 9. November durch eine Rede von Otto Wels in der Kaserne vor den Soldaten und Offizieren erreicht, entscheidend dafür, dass Reichskanzler Max von Baden seine Zuversicht verlor und der Kaiser seine Abdankung ankündigte. Alle weiteren Aktionen am 9. November spielten sich in der Darstellung von Winkler dann nur noch auf höchster politischer Ebene ab.⁸⁸

Es ist unwahrscheinlich, dass Wels bereits am frühen Vormittag, vor dem Eintreffen der Revolutionszüge, an der Kaserne war, wie Winkler aufgrund der Wels-Biographie von Adolph⁸⁹ andeutet. Denn die erste Meldung über den Über-

86 Siehe Heinrich-August Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 1918 bis 1924*, 2., völlig durchgesehene und korr. Aufl., Bonn-Berlin [West] 1985, S.42f. mit Anm. 62 (Dort zur zweiten Aussage der falsche Beleg: „R. Müller...“).

87 Siehe Müller, *Kaiserreich*. Bd. II, S.24, 230; Eberhard Buchner, *Revolutionsdokumente*. Im Zeichen der roten Fahne, 1. Bd., Berlin 1921, S.130.

88 Siehe Winkler, *Revolution*, S.45-55, S.45 (Vorgänge um die Naumburger Jäger und Otto Wels).

89 Siehe Hans J. L. Adolph: *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894-1939. Eine politische Biographie*, Berlin [West] 1971, S.77 [Bei Winkler, S. 45, irrtümlich S.71f. angegeben.]. Adolph stützt sich vollständig quellenunkritisch lediglich auf den Erinnerungsbericht von Otto Wels (siehe Otto Wels: *Die Revolution in Berlin*, in:

gang eines Regiments traf erst um 11 Uhr im Kriegsministerium ein. Weitere Meldungen dieser Art folgten dann schlagartig.⁹⁰ Zeitlich ähnlich ordnet Max von Baden in seinen Memoiren die Meldung über die Naumburger Jäger ein. Danach geschah das kurz nach einer gegen 10 Uhr eingetroffenen Nachricht über einen viele Tausende zählenden Demonstrationzug, der sich auf dem Weg ins Stadtinnere befand.⁹¹

Der Aufruf der MSPD zum Generalstreik erging nach den Formulierungen im Protokoll und den Aufzeichnungen Giebels mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht vor der um 9 Uhr beginnenden Fraktionssitzung, sondern erst auf der dort angekündigten und danach abgehaltenen Versammlung der Parteiführung mit den mehrheitssozialdemokratischen Betriebsleuten. Der SPD-Reichstagsabgeordnete Karl August Giebel notierte: „**Ebert:** Arbeitseinstellung im Fluß; denn [sic! – entweder Lesefehler oder im Berliner Slang für ‚dann‘] Parole ‚allgemeine Arbeitseinstellung ausgeben, aber Ruhe und Ordnung wahren.“⁹² Der Aufruf wurde als Flugblatt sogar erst mittags verteilt, als die Demonstrationzüge schon die Innenstadt Berlins erreicht hatten.⁹³ Winkler hat offensichtlich unkritisch weitgehend die Version der offiziellen MSPD-Geschichtsschreibung übernommen, in der allein die Mehrheitssozialdemokratie die bestimmende Rolle in der revolutionären Massenbewegung des 9. November in Berlin spielte und die Linkssozialisten praktisch nicht vorkommen.⁹⁴

In die gleiche Richtung gehen einige Aussagen Susanne Millers in ihrem Standardwerk über die Sozialdemokratie von 1918 bis 1920. Auch sie nimmt an, dass die den revolutionären Massenstreik planenden und dann auch auslösenden Linkssozialisten an den Massenaktionen keinen Anteil hatten. Die von der Berliner Arbeiterschaft getragene revolutionäre Erhebung am 9. November wird von ihr als „Protestkundgebung [!], die ohne organisatorische Vorbereitung zustande kam“,⁹⁵ gekennzeichnet, was zweifelsfrei den historischen Tatsachen nicht entspricht. Die Verschiebung des Aufstandstermins vom 4. auf den 11. November bedeutet nach Miller, dass die Pläne der Revolutionäre von den Ereignissen

Volk und Zeit, Bilder zum Vorwärts, 1. Jg., Nr. 20, Berlin, den 9. November 1919) und Winkler übernimmt ungeprüft Adolphs Darstellung.

90 Siehe Schmidt, Heimatheer, S.335 (mit Anm. 212), 337.

91 Siehe von Baden, Erinnerungen, S.73.

92 Reichstagsfraktion, zweiter Teil, S.520.

93 Siehe ebenda, S.518f. Nach Richard Müller wurde der Aufruf zum Generalstreik der MSPD unter der Firmierung eines angeblichen Arbeiter- und Soldatenrates gegen 1 Uhr mittags verbreitet (siehe Müller, Kaiserreich. Bd. II, S.24, 230); die gleiche Zeitangabe auch für das Extrablatt des „Vorwärts“ mit demselben Aufruf zum Generalstreik bei: Buchner, Revolutionsdokumente, S.130.

94 Siehe Auszug aus dem Vorstandsbericht für den Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 10.6.1919, in: Ursachen und Folgen, Bd.2, S.571f.

95 Susanne Miller: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978, S.81.

überholt worden seien. Dabei ignoriert sie vollständig, dass die Planung kurzfristig auf den 9. November umgestellt worden waren. Unverständlich ist, nach einer kurzen Darstellung der Kontroverse zwischen Liebknecht und den revolutionären Obleuten über die einzuschlagende Taktik bei dem beabsichtigten Aufstand, Millers Schlussfolgerung: „Die Aktivitäten von Gruppen wie Revolutionäre Obleute, Spartakus, Linksradikale haben also [!] auf den Ausbruch der Revolution einen höchstens mittelbaren Einfluß ausgeübt“.⁹⁶ Dies trifft sicherlich auf die letzten beiden Gruppierungen zu, aber keinesfalls auf die Revolutionären Obleute. Sie hatten schon im Munitionsarbeiterstreik Ende Januar/Anfang Februar gezeigt, dass sie über eine Massenbasis in den Betrieben verfügten, und sie waren auch am 9. November in Berlin Auslöser und Hauptträger der revolutionären Bewegung.

Ähnlich wie bei Susanne Miller findet sich bei Eberhard Kolb in seinem Standardwerk über die Arbeiterräte eine erhebliche Fehleinschätzung oder Unterschätzung des revolutionären Arbeiteraufstands in Berlin und seiner linkssozialistischen Hauptakteure: „Trotz aller ihrer Revolutionsvorbereitungen vollzog sich der Umsturz ohne ihre [der Obleute] Initiative“. Und: „[...] die entscheidenden Ereignisse am 9. November in Berlin vollzogen sich ohne ihr Zutun und nicht unter ihrer Führung.“⁹⁷ Es ist richtig, dass die Aufstandsführer sich sowohl bei der Vorbereitung wie auch bei der Durchführung ganz auf die Massenaktion selbst konzentrierten und kein Konzept für Maßnahmen nach dem Sieg über den halbabsolutistischen preußischen Militärstaat besaßen. Barth und Däumig hatten die führenden Unabhängigen Sozialdemokraten wiederholt zu Planungen für die Zeit nach einer gelungenen Revolution gedrängt. Doch zum einen zweifelten die angesprochenen USPD-Führer an einem Erfolg der revolutionären Aktion. Zum anderen erschien ihnen im Erfolgsfalle nach der Bewältigung dieser riesengroßen Aufgabe die eigentliche Regierungsübernahme vergleichsweise leicht. Daher antworteten sie auf das Drängen Barths und Däumigs immer wieder ausweichend.⁹⁸ Auch ohne ein ausgearbeitetes Regierungsprogramm haben die revolutionären Obleute als Vertreter einer linken Basisbewegung in der Arbeiterschaft ihre seit Monaten sorgfältig geplante revolutionäre Massenaktion in Berlin – mit einer kurzfristig vorgenommenen zeitlichen Vorverlegung – erfolgreich initiiert und durchgeführt. Eine von den Konservativen bis zu den Mehrheitssozialdemokraten reichende Front hatte mit allen propagandistischen und militärischen Mitteln noch bis zum Vormittag des 9. November versucht, die von den Matrosen aus den Küstenstädten ins Land getragene revolutionäre Welle von der Reichshauptstadt fernzuhalten. Es waren die linken Betriebsvertrauensleute, die diese Absicht zunichtemachten, indem sie trotz aller Ungewissheiten, Risiken und Widerstände ihren Aufstandsplan in Gang setzten und zum Erfolg führten.

96 Ebenda, S.41, 43 (Zitat).

97 Kolb, Arbeiterräte, S.115, S.62.

98 Siehe Barth, Werkstatt, S.35.

Es stellt eine Ironie der Geschichte dar, dass die entschiedenen Gegner dieser Revolution, die MSPD-Führer, sich nach dem absehbaren Erfolg des Aufstandes in letzter Minute an die Spitze der Bewegung setzten und vom Träger der alten Gewalt, dem Reichskanzler Max von Baden, die vollständige Übergabe der Macht forderten und erhielten. Voraussetzung dafür war allerdings die von den revolutionären Obleuten unter Beteiligung der USPD und der kleinen Spartakusgruppe getragene und erfolgreich verlaufende revolutionäre Erhebung am 9. November in Berlin. Dies ist von Kolb und anderen Historikern immer wieder außer Betracht gelassen worden. Die deutsche Novemberrevolution 1918 bedarf nach 90 Jahren eines differenziert revidierten Geschichtsbildes. Diese Studie ist ein Versuch, dazu beizutragen.

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Der Vorstand

Tagesseminar

14. März 2009, 10.00 – 18.00 Uhr

1989/1990: Ein anderes Deutschland war möglich. Erinnerung an die Verfassungsdiskussion und alternative Vorschläge für das wirtschaftliche Zusammengehen von DDR und BRD

Referenten: Dr. Volkmar Schöneburg
Prof. Jörg Roesler

Kontakt/Info: Dr. Ulla Plener, Tel. 030-2410708